

# Dresdener Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Nr. 62.

Dresden, Dienstag den 17. März 1914.

25. Jahrg.

**Abonnementpreis** mit der wöchentl. Illustrationsbeilage Leben, Wissen, Kunst für Frauenwelt und Jugend einschließlich Postporto monatlich 80 Pf. für die Post bezogen vierteljährlich 2,25, unter Abrechnung für Deutsch- und russischsprachige Länder 2,50. — **Ersteilung** wöchentl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

**Redaktion:** Bennersplatz 10. Tel. 25261. **Sprechstunde** nur nachmittags von 12 bis 1 Uhr. **Expedition:** Bennersplatz 10. Tel. 25261. **Verlagszeit** von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

**Inserate** werden die halbspaltige Zeile mit 20 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. **Verkaufspreis** 25 Pf. **Inserate** müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — **Telegraphische Adresse:** Dresdener Volkszeitung.

Auf Anforderung von Reichsgeldern für eine Kronprinzessin ist wegen des im Reichstag zu erwartenden Widerstandes verzichtet worden.

In einer Kommission der russischen Reichsduma ist beschlossen, als Maßregel gegen die deutschen Ausfuhrprämien einen Zoll für Getreide, Erbsen und Bohnen einzuführen.

Aus verschiedenen Teilen Europas werden Sturmschäden durch Affektarastropfen gemeldet.

Nachdem das österreichische Abgeordnetenhaus den Vertrag ratifiziert, tritt der § 14 in Kraft.

Die Frau des französischen Finanzministers will aus dem Herausgeber des Figaro und verurteilt ihn schwer.

Bei Birmingham verbrannten die Suffragetten sechs Gebäuden.

## Die Erben der Revolution.

Das Erbe ist ein heiliges Recht, wer es antastet, stellt an den Grundlagen des Staates, von Ehe und Familie, Ordnung und Privateigentum. So schreiben die Agrarier den Kapitalisten, wenn diese auch widerwillig einer Schicksalssteuer zustimmen. Wenigstens wachen sie über die Erhaltung ihrer Aktien und Obligationen, aber das politische Erbe der bürgerlichen Revolution überlassen die Männer von Bildung und Besitz wertlos dem besitzlosen Proletariat. Die bürgerliche Partei Sedan und Kaisergeburtstag und gedenkt gern der Märztag von 1848.

Das deutsche Proletariat hat das Erbe der Revolution angegriffen. Proletariat und Kleinbürger fanden auf den Barricaden und erkämpften politische Rechte für das Proletariat, das nur zu bald, aus Furcht vor den Barricadenkämpfern, der Gegenrevolution die Wege ebnete. Aber die Aktion konnte die vorwärtlichen Zustände nicht völlig wiederherstellen, sondern sie mußte durch die Kräfte der Bismarck'schen Aera das Deutsche Reich schaffen. Die Revolution von 1848 erfüllte, auf ihre Weise, die Forderung der Revolution von unten nach einem einigen Deutschland.

Die Gegenrevolution konnte auch nicht alle demokratischen Errungenschaften der Märztag vernichten. Ein wenig ist der beschränkte Maß von Vereins- und Versammlungsfreiheit und Pressefreiheit blieb erhalten. Dieses kümmerliche Erbe der Revolution muß jedoch die Arbeiterklasse seit Jahrzehnten verteidigen, gegen Junker und Waffen, gegen einzelne Funktionen der Bourgeoisie und oft gegen den geschlossenen Kern der bürgerlichen Parteien.

So gering diese Erbschaft ist, so notwendig ist ihre Erhaltung für den politischen und ökonomischen Kampf der Arbeiterklasse. Es gilt aber nicht nur, Überkommenes zu verteidigen, sondern Verlorenes zurückzuerlangen. Infolge der Abkehr der Bourgeoisie konnte so manches wichtige Recht dem Proletariat geraubt werden, das die Märzschöpfer der Revolution abgetrotzt hatten. Das Wahlrecht zur preussischen Volksvertretung von 1848 erscheint demokratisch im Vergleich zum herrschenden Dreiklassenwahlrecht. Die Bürgergarde von 1848 war bei all ihrer Jämmerlichkeit doch ein Anfang zum Wille, und verglichen mit dem militärischen Bürgergarde von heute erscheinen die damaligen saghaften Eingriffe in die Souveränität des Königs geradezu revolutionär.

Die Arbeiterklasse muß die verlorengegangene Demokratie der ersten Revolutionsmonate wieder erkämpfen. Sie muß vor allem ein demokratisches Wahlrecht zum Reichstag erringen und jenes demoralisierende Landtag revolutionäre (stürzen; das preussische Herrenhaus. Die Sozialdemokratie ist die Erbin der bürgerlichen Demokratie. Sie nimmt die politischen Forderungen des revolutionären Kleinbürgertums auf und verlangt Demokratie auf allen Gebieten des politischen Lebens.

Das Proletariat begnügt sich jedoch nicht mit dem Programm der Radikalen von 1848. Die politischen Errungenschaften der Sieger vom 18. März sind für die Arbeiter nur eine Etappe auf dem Wege zur Macht. Das Erbe der Revolution muß erobert werden, um auf breiter Grundlage den Kampf zu führen gegen die Erben der Gegenrevolution, die Bourgeoisie von heute. Von dieser Klasse gilt nach 66 Jahren noch das Urteil von Marx über den Präsidenten des ersten Reichstages: „Der Campaubaun hat die Reaktion geist im Sinne der großen Bourgeoisie, er hat die Demokratie im Sinne der Feudalpartei.“ Jähern ist wieder einmal eine klassische Bestätigung dieses Satzes.

Die wertvollste Erbschaft des 18. März sind daher nicht die politischen Rechte; was lebendig fortwirkt aus jenen Tagen der Volkserhebung, ist der Geist der Revolution, der Geist der Demokratie gegen die brutale Aneignung durch übermächtige herrschende Klassen.

Die Zeit der Barricaden ist vorüber. Die Kampfmethoden haben sich gewandelt. An die Stelle der blutigen bürgerlichen Revolutionen, mit sich überschneidenden Ereignissen, ist der dauernde, scharfe Kampf der organisierten Arbeiterklasse getreten. Dieser Kampf mit gleichfalls straff

organisierten Gegnern fordert aber die gleiche Hingabe wie der Straßenkampf mit Pulver und Blei. Er kann nur zu siegreichem Ende geführt werden, wenn das Proletariat sich bewußt bleibt, daß trotz aller Erfolge im einzelnen, nur die Eroberung der politischen Macht, die endgültige Überwindung des Kapitalismus ermöglicht. Heute sind die Arbeiter die einzige revolutionäre Klasse der bürgerlichen Gesellschaft, da sie deren Grundlage, das Privateigentum, befechtigen wollen.

Kapitalisten, Kleinbürger und Arbeiter vereinigten sich 1848 zum Sturz des verhaßten Feudalismus; heute steht die Arbeiterklasse fast völlig isoliert im Kampfe gegen den staatlichen Absolutismus. Die Formen dieses Kampfes werden weit mehr durch die Gegner der Sozialdemokratie bestimmt, als durch die selbst. Der ewige Vorwurf, daß die Arbeiter die gewalttätige Revolution wollen, ist schon zurückgewiesen worden, am Vorabend der bürgerlichen Revolution in Deutschland. Friedrich Engels schrieb im Jahre 1847 im Vorwort zum kommunistischen Manifest:

„Ist die Aufhebung des Privateigentums auf friedlichem Wege möglich?“

Antwort: Es wäre zu wünschen, daß dies geschehen könnte, und die Kommunisten wären gewiß die Letzten, die sich dagegen auflehnen würden. Die Kommunisten wissen zu gut, daß alle Veränderungen nicht nur nutzlos, sondern sogar schädlich sind. Sie wissen zu gut, daß Revolutionen nicht absichtlich und willkürlich gemacht werden, sondern daß sie überall und zu jeder Zeit die notwendige Folge von Umständen waren, welche von dem Willen und der Rettung einzelner Parteien und ganzer Klassen durchaus unabhängig sind. Sie leben aber auch, daß die Entwicklung des Proletariats in fast allen zivilisierten Ländern gewaltig unterdrückt und daß hierdurch von den Gegnern der Kommunisten auf eine Revolution mit aller Macht hingewirkt wird. Wird hierdurch das unterdrückte Proletariat nicht in eine Revolution hinein-gejagt, so werden wir Kommunisten ebensogut mit der Zeit wie jetzt mit dem Wort die Sache der Proletariat verteidigen.“

Diese Antwort der Kommunisten unterschreibt auch die heutige Sozialdemokratie.

Die Taten des 18. März, vom Bürgertum bereifen, leben im Gedächtnis der Arbeiterklasse, denn: nicht die Bourgeoisie, sondern das Proletariat ist der wahre Erbe der deutschen Revolution.

## Russische Kampfmaßregeln.

In einer gemeinsamen Sitzung der Kommissionen der Reichsduma für Ackerbau und Finanzen wurde nach einem Telegramm aus Petersburg der Gegenstand betreffend einen Zolltarif für Getreide in Ähren, Erbsen und Bohnen, die nach Rußland eingeführt werden, beraten. Der Berichtsersteller erklärte, diese Maßregel sei eine Gegenmaßnahme Rußlands gegenüber einer Reihe von Ausfuhrprämien und verminderten Ausfuhrprämien Deutschlands gegen Rußland. Der Gegenstand wurde in der Fassung der Regierung, die einen Zoll von dreißig Kopeken auf ein Pud brutto Getreide vorschlägt, einstimmig angenommen. Die Kommissionen nahmen ferner für nach Finnland eingeführtes Getreide den gleichen Zolltarif von dreißig Kopeken auf ein Pud brutto an.

Der nach Petersburg entsandte Sonderdeputierter des Reichstages K. G. G. meldet nach einem Budapest Telegramm seinem Blatte, daß für die nächste Zeit die Einholung des Getreidemonopols in Rußland geplant sei. Die russische Regierung befolge mit der Einführung des Getreidemonopols weniger wirtschaftliche als hauptsächlich politische Zwecke. Wie er erlaube, wolle Rußland durch die Einführung dieses Monopols in erster Linie einen gewaltigen Druck auf Deutschland ausüben, das der größte Getreideverbraucher der russischen Produktion sei. Das jetzige Kabinett sei unter der Führung des Ministerpräsidenten und des Finanzministers fest entschlossen, das Monopol durchzuführen. Sollte sich in der gegenwärtigen Duma ein Widerstand gegen das Monopol finden, was bei der großen Antipathie der Radikalen dem Gegenstand gegenüber durchaus wahrscheinlich sei, so beabsichtige die Regierung die Auflösung der Duma. Die Neuwahlen sollten dann mit allergrößter Strenge vorgenommen werden, damit die Regierung eine vollkommen verlässliche Majorität erhalte. Selbstverständlich siehe die geheime Konferenz, die in der Nacht von Sonnabend zu Sonntag im Lauritschen Palais stattfand, mit diesem Entschluß in engstem Zusammenhange. Der Ministerpräsident hat nach Meldung des K. G. G. Korrespondenten auf dieser Konferenz das charakteristische Wort gesprochen, daß die jetzige Regierung mit diesem Projekt strebe und falle. Gorenzkin soll weiter erklärt haben, daß die Einführung des Getreidemonopols für Rußland eine weit bessere Waffe sei als die Erhöhung des Truppenbestandes und die Vergrößerung der Flotte.

Rußland rüstet sich also energisch zum Volkskampf gegen Deutschland. Nun kann es ja auch sehr gut verstehen, daß sich die Kräfte der Schädigung ihrer Landwirtschaft durch die deutsche Einfuhrpolitik nicht gefallen lassen wollen. Den deutschen Konsumenten könnte es nur recht sein, wenn Deutsch-

land durch das Vorgehen Rußlands gezwungen sein würde, auf das Einfuhrmonopol zu verzichten. Ist es doch ein widerwärtiger und für die deutschen Konsumenten, denen dadurch das Brot verteuert wird, sehr schädlicher Zustand, daß aus Deutschland, einem Lande, das seinen Bedarf an Brotfrucht nicht decken kann, jährlich große Mengen Getreide ausgeführt werden. Wenn Rußland mit den hier erwähnten Maßregeln nicht den gewünschten Erfolg sollte erzielen können, so sieht ihm ja noch ein anderes Kampfmittel zur Verfügung. Es kann eventuell verbieten, daß russische Saisonarbeiter nach Deutschland wandern dürfen, wodurch die deutschen Agrarier aufs schwerste geschädigt würden.

## Die geheime Duma-Sitzung.

Petersburg, 16. März. Ueber die geheime Duma-Sitzung beim Präsidenten wird längeres Stillschweigen bewahrt. Bekannt ist nur, daß Gorenzkin es ablehnte, die Erörterung auf die innere Politik auszuweiten. Finanzminister Barz erwiderte bei den Abgeordneten den Eindruck einer optimistischen Auffassung in finanziellen und wirtschaftlichen Fragen. Die „Nesisch“ teilt anschließend halbamtlich mit, der Artikel des Kriegsministeriums in der „Börsezeitung“ sei in seinen Grundzügen schon vor der Einleitung der deutsch-russischen Verhändlungen, um das russische Publikum über die Verhandlungen zu beruhigen.

## 460 000 Mann mehr?

London, 16. März. Eine Petersburger Meldung der „Times“ über die geheime Konferenz des russischen Ministeriums mit Vertretern der Duma-Parteien enthält die Angabe, daß den Abgeordneten gesagt worden sei, Rußland müsse seine Friedensstärke um 460 000 Mann auf eine Million 700 000 Mann erhöhen, um neuen Angriffen wider zu sein. Die Ausgaben werden 500 Millionen Rubel betragen und auf drei Jahre verteilt werden. Der Finanzminister habe mitgeteilt, daß die Beschaffung der Mittel keine Schwierigkeiten mache.

## Frau Caillaux' Attentat.

Paris, 16. März. Die Gattin des Finanzministers Caillaux wurde im Bureau des Figaro auf den Direktor dieses Blattes, Calmette, der seit einigen Wochen die heftigste Feindschaft gegen Caillaux führt, mehrere Revolver-schüsse ab. Calmette ist schwer verwundet. Der Finanzminister Caillaux teilte gestern abend dem Minister seine Demission mit.

Vor einigen Tagen ging durch die Presse ein Pariser Telegramm, das von einer für Caillaux vernichtenden Enthüllung des Figaro meldete. Die Enthüllung sollte in der Veröffentlichung eines kompromittierenden Briefes bestehen, den Caillaux als Finanzminister im Kabinett Waldeck-Rousseau einmal an eine Dame gerichtet hatte. Caillaux soll in diesem Briefe erklärt haben, daß er die Einkommensteuer geschmiedet und damit der Republik einen großen Dienst erwiesen habe. Der Brief hatte einen intim-zärtlichen Charakter und die Schiffe, die gestern die jetzige Frau Caillaux auf den Leiter des Figaro abgab, sind die Antwort auf Calmettes Briefentthüllung.

Der Figaro ist eins der reaktionärsten Blätter Frankreichs und Herr Gaston Calmette ist sein Direktor. Das radikalistisch schillernde Kabinett Doumergue-Caillaux ist dem konservativen Blatte ein Kreuz, namentlich seitdem der Finanzminister Caillaux die Einkommensteuer zu fordern wagte. Seitdem haben die täglichen Angriffe des Figaro einen täglich wüthenderen Anstrich bekommen. Calmette trat in den letzten Monaten nach der Manier politischer Revolverblätter in eine Art Enthüllungskampagne gegen Caillaux ein. Erst wurde behauptet, Caillaux sei auch als Finanzminister noch Direktor von Banken, die er begünstigte. Dann kam die Enthüllung, Caillaux habe in einer Erbschaftsgeschichte Gelder für die Kasse seiner Partei zu erlangen gesucht, und so ging es jeden Tag mit neuen Enthüllungen weiter. Sie wurden von der Regierung regelmäßig demontiert, um ebenso regelmäßig immer von neuen Enthüllungen abgelenkt zu werden, wie ja der Kampf um die Krippe des französischen Bourgeoisstaats innerhalb des bürgerlichen Lagers zu den widerwärtigsten politischen Auswüchsen geführt hat.

Die letzten Enthüllungen betrafen die Affäre Rochette. Caillaux sollte in einem früheren Ministerium das Verfahren gegen den Finanzspekulanten Rochette zu unterbrechen versucht haben, weil Rochette ein Geldgeber der liberalen Partei gewesen sei. Die Kammer lehnte eine Erörterung darüber ab. Mit dem Brief, den Calmette darauf ans Licht zog, mißte sich allerhand Antimes. Weibliches in den „politischen Kampf“ — bis schließlich auch die nervös gewordene Madame Caillaux mit dem Revolver auf den Platz trat. . .

Caillaux hat seine Demission bereits eingereicht und es kann passieren, daß das ganze Kabinett über die Revolver-Affäre purzelt. Was dem journalistischen Revolver Calmettes nicht gelang, verrichtete der Revolver der Frau Caillaux. — Weitere Pariser Meldungen über die Missetat belagern:

Nach der Mitteilung eines Verleumdungsbüro des Figaro hat Calmette drei Verwundungen erlitten. Eine Kugel durch-